



**KOMMUNALPOLITIK ATTRAKTIV GESTALTEN -
MEHR KOMPETENZ VOR ORT WAGEN**

**Leitantrag zum
ordentlichen Bezirkstag der
Jungen Union Südbaden
am 22. Juli 2017 in Stockach**

1 **1. Präambel**

2 Es ist eine der größten Stärken der CDU in Baden-Württemberg flächendeckend präsent zu
3 sein. Mit unseren Kreis- und Ortsverbänden und zahlreichen kommunalen Mandatsträgern
4 sind wir im ganzen Land gut vernetzt, kennen die regionalen Besonderheiten und wissen
5 konkret, wo vor Ort politischer Handlungsbedarf besteht. Deshalb fordert die Junge Union
6 Nordwürttemberg/Südbaden diese Strukturen aufrechtzuerhalten und unmittelbar nach
7 der Bundestagswahl im September schon den Fokus auf die Kommunalwahlen im Frühjahr
8 2019 zu richten.

9

10 Als Junge Union wollen wir möglichst viele unserer Mitglieder für eine Kandidatur für
11 Ortschaftsrat, Gemeinderat oder für den Kreistag motivieren. Denn dies ist insbesondere
12 für junge Politikinteressierte eine gute Möglichkeit, in einem gewählten Amt erste
13 politische Erfahrungen zu sammeln. Besonders interessant dabei ist, dass vor allem in den
14 Gremien auf Gemeindeebenen die Umsetzung der Beschlüsse sofort spürbar und ersichtlich
15 ist.

16

17 Allerdings scheint das Interesse für die Politik auf Landkreis-, Regional- und Bezirksebene
18 aufgrund fehlender Präsenz und Bürgernähe immer weiter abzunehmen. Um dem
19 entschlossen entgegenzuwirken, gilt es, die folgenden Forderungen zügig umzusetzen,
20 sodass auch unterhalb der Landesebene wirklich spannende Politik- und
21 Meinungsbildungsprozesse geschaffen werden können, woran sich die Menschen auch
22 wieder gerne beteiligen.

23

24 **2. Trennung von Amt und Mandat**

25 Besonders die Kreistage haben sich zunehmend zu Bürgermeisterversammlungen
26 entwickelt, die als eine Art Beirat für die Landkreisverwaltungen agieren. Macherorts
27 beträgt die Bürgermeisterquote in diesen Gremien nahezu 50 % der Kreisräte. Seit 2016
28 gilt bei uns in Baden-Württemberg auf Landesebene die Unvereinbarkeit von Amt und
29 Mandat; Amtsträger dürfen also nicht mehr parallel ein Landtagsmandat ausüben. Die
30 Junge Union Nordwürttemberg/Südbaden fordert diese Inkompatibilitätsregelung ab der
31 Kommunalwahl 2024, auch auf die Kreisebene zu erweitern.

32 Dies ist zum einen mit der großen Verflechtungen der beiden kommunalen Ebenen
33 Gemeinde und Landkreis zu Begründen, wodurch Interessenskonflikte entstehen, wie u.a.

34 im Falle der Rechtsaufsicht oder bei der Festlegung der Kreisumlage. Diese
35 Interessenvermischungen aufgrund der gegenseitiger Abhängigkeiten ist nicht zu
36 unterschätzen. Außerdem ist dies für alle Gemeinden, deren Bürgermeister dem Kreistag
37 angehören, ein enormer Vorteil gegenüber den anderen.

38

39 Zum anderen gilt es zu beachten, dass die Bürgermeister ihre Meinung und Ideen oft über
40 die regelmäßigen Bürgermeisterbesprechungen einbringen. Dort werden viele gemeinde-
41 und kreispolitische Themen behandelt und erste Richtungen eingeschlagen, wodurch
42 entsteht leicht der Eindruck entsteht, dass es sich im Kreistag nur noch um
43 „Scheindiskussionen“ handelt und eine Entscheidung eigentlich schon vorher getroffen
44 wurde, was die Mitarbeit aller Nicht-Bürgermeister unattraktiver macht bzw. überflüssig
45 erscheinen lässt.

46

47 Außerdem ist es oft schwierig gute Kandidaten für die Kreistagslisten zu finden, da die
48 Bürgermeister aufgrund ihrer Bekanntheit in den meisten Fällen ggü. den anderen
49 Bewerbern bei der Wahl im Vorteil sind und drauf die interessantesten Posten in den
50 Gremien (z.B. in der Fraktion oder in den Verwaltungsräten) bekommen. Dies schafft für
51 alle anderen für diese kommunale Ebene eine Distanz und macht eine Kandidatur
52 unattraktiv.

53

54 **3. Direktwahl von Landräten**

55 Außerdem fordern wir, dass künftig die Landräte in einer Direktwahl zu wählen sind und
56 nicht wie bisher vom jeweiligen Kreistag. Selbstverständlich ist für die Bekleidung dieses
57 Amtes eine große Verwaltungskompetenz erforderlich, da ein Landrat nicht nur
58 kommunale Kreisbehörde "Landratsamt" leitet, sondern auch Leiter der unteren
59 staatlichen Verwaltungsbehörde ist. Dennoch zeigt, dass in 14 deutschen Bundesländer
60 der Landrat per Direktwahl gewählt wird, dass den Bürgern trotz dieser Machtfülle des
61 Landrats, diese Entscheidung zugetraut werden kann. Dies führt auch zu mehr Bürgernähe
62 und würde zu mehr Interesse an der Kreispolitik in der Bevölkerung führen, da man
63 direkter an diesem Entscheidungsprozess beteiligt wäre.

64

65

66

67 **4. Verpflichtende Fiskalreferenden auf Landkreisebene**

68 Um das Interesse an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen zu steigern ist es
69 gerade in Zeiten, in denen sich Bürger zunehmend von der Politik nicht ernstgenommen
70 fühlen angezeigt, neue Beteiligungs- und direktdemokratische Entscheidungs-
71 möglichkeiten zu schaffen. Dabei ist es jedoch nicht zielführend, in immer mehr
72 Politikbereichen reflexartig nach mehr direkter Demokratie zu rufen. Viel zu oft führt dies,
73 gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, zur Verhinderung von
74 Projekten, die zur Zukunftssicherung und nachhaltigen Entwicklung unseres Landes nötig
75 werden. Darum muss, wenn man direktdemokratische Elemente stärken will, in
76 wohlüberlegten Politikfeldern mehr direkte Demokratie dort gewagt werden, wo sie zu
77 mehr Generationengerechtigkeit führen kann. Eine solche Möglichkeit stellen
78 verpflichtende Fiskalreferenden nach Schweizer Vorbild dar. Übersteigen einzelne
79 Ausgabenprojekte auf kommunaler Ebene einen von der Größe der Kommune abhängigen
80 Schwellenwert, muss eine Volksabstimmung über diese Projekte abgehalten werden. Die
81 Erfahrungen aus der Schweiz zeigen dabei, dass diese verpflichtenden Referenden das
82 kommunale Ausgabe- und Verschuldungsverhalten nachhaltig zügeln, während
83 gleichzeitig notwendige Zukunftsinvestitionen nicht verhindert werden. Vor dem
84 Hintergrund der Erfahrungen der Schweiz fordern wir daher die Einführung
85 verpflichtender Fiskalreferenden auf der Ebene der baden-württembergischen Landkreise,
86 wobei die Hürde zur Abhaltung eines solchen Referendums bei einem landesweit
87 einheitlichen und hoch anzusetzenden pro-Kopf Ausgabenbetrag liegen muss. Konkret
88 würden wir hierbei einen pro Kopf Betrag von 60 € ansetzen. Bei den meisten Landkreise
89 würde dies dann bei Projekten ab 10 000 000 € greifen. Da es aber auch einige kleiner
90 Landkreise gibt, bei denen der pro Kopf Betrag von 60 € bereits bei Projekten von 6 500
91 000€ greifen würde, fordert die Junge Union Nordwürttemberg zusätzlich zum pro Kopf
92 Betrag von 60 € auch ein allgemeines Mindestniveau von 10 000 000 € anzusetzen.

93

94 **5. Bezirk als kommunale Ebne**

95 Das Subsidiaritätsprinzip macht unser Land seit jeher stark. Ein subsidiärer Staatsaufbau
96 ist jedoch kein statischer Zustand, sondern muss immer wieder neu an die Entwicklungen
97 der Zeit angepasst werden. Im Verlauf der letzten Jahre bedeutete dies, weitere
98 Kompetenzen von der regionalen auf die landespolitische Ebene zu verschieben. Mag dies
99 im Einzelfall sinnvoll sein, so führt es in einem großen Flächenland wie Baden-

100 Württemberg jedoch auch dazu, dass die Entscheidungen gerade in den von der
101 Landeshauptstadt weiter entfernten Regionen oft als fernab von den Menschen
102 wahrgenommen werden. Der Staatsaufbau in Baden-Württemberg mit seinen vier
103 Regierungspräsidien ermöglicht es jedoch, auch bislang landespolitische
104 Entscheidungsstrukturen wieder näher zu den Menschen zu bringen. Die politische Rolle
105 der Regierungspräsidien muss daher wieder gestärkt werden, indem diese tatsächliche
106 regionale Gestaltungskompetenz statt reiner Verwaltungskompetenz erhalten. Etwa im
107 Bereich von Infrastrukturprojekten (Regionale Verkehrsplanung), im Gesundheitswesen
108 (Einrichtungen für Psychiatrie, Neurologie und Suchtkranke), im Sozialwesen
109 (überörtlicher Träger der Sozialhilfe für Behinderte in Einrichtungen), beim Schutz der
110 Natur und Gewässer (Gewässer zweiter Ordnung und Fischereiwesen), bei der regionalen
111 Wirtschaftsentwicklung und beim Schulwesen (Schulen für Hör- und Sprachgeschädigte)
112 kann dadurch sichergestellt werden, dass regional passende Entscheidungen getroffen
113 werden, die von den Menschen nicht weiter als bürgerfern und gesichtslos
114 wahrgenommen werden.